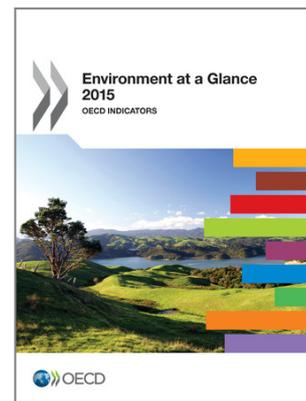


OECD *Multilingual Summaries* Environment at a Glance 2015 OECD Indicators

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter: [10.1787/9789264235199-en](https://doi.org/10.1787/9789264235199-en)

Umwelt auf einen Blick 2015 OECD-Indikatoren

Zusammenfassung in Deutsch

Seit 2000 zeigen sich bei den Emissionen herkömmlicher Luftschadstoffe, der Kraftstoffeffizienz, der Energieintensität, den erneuerbaren Energien, dem Wasserverbrauch, der Abwasserbehandlung sowie dem Schutz der Biodiversität sichtbare Fortschritte. Die Gründe hierfür liegen teils bei der Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit im Anschluss an die Wirtschaftskrise, aber auch bei der verstärkten Einführung von Instrumenten seitens der OECD-Länder, um Umweltbelastungen zu begegnen. Hierzu zählen Steuern, um das Verbraucherverhalten zu beeinflussen und Umweltkosten zu internalisieren. Umweltaspekte werden zudem immer stärker in die Entwicklungszusammenarbeit sowie in Forschung und Entwicklung einbezogen.

Viele dieser Entwicklungen finden indessen immer noch nur am Rande statt, und der Politik mangelt es häufig an Kohärenz, so dass Bestrebungen, negative Umweltauswirkungen einzudämmen, konterkariert werden. Staaten unterstützen weiterhin auf vielerlei Weise die Produktion und den Verbrauch fossiler Brennstoffe, und die Wirtschaftstätigkeit ist nach wie vor an CO₂-Emissionen und den verschwenderischen Einsatz von Energie und andere natürliche Ressourcen gekoppelt. Der Klimawandel und die Auswirkungen der Umweltdegradation auf die Gesundheit sowie auf Wachstum und Entwicklung in der Zukunft zählen zu den größten Herausforderungen, die vor uns liegen. Konsequente Politikmaßnahmen und verlässliche Informationen sind notwendig, um diesen Herausforderungen zu begegnen, insbesondere wenn das Wirtschaftswachstum wieder Tritt fasst.

Wichtigste Erkenntnisse

Die Luftverschmutzung ist weiterhin ein Problem für das Klima und die menschliche Gesundheit.

- Die Treibhausgasemissionen steigen weltweit weiter an, in fast allen OECD-Ländern sind sie jedoch zwischen 2000 und 2012 zurückgegangen, was deutlich macht, dass insgesamt eine Entkoppelung vom Wirtschaftswachstum stattfindet. Die Gründe hierfür sind zum einen in der Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit zu suchen, die nach der Wirtschaftskrise einsetzte, zum anderen jedoch auch in den verstärkten Klimaschutzbemühungen und den sich verändernden Verhaltensmustern beim Energieverbrauch.
- Die OECD-Länder emittieren allerdings weit mehr CO₂ pro Kopf als die meisten anderen Weltregionen. Während dort 9,6 Tonnen pro Kopf anfallen, sind es im Rest der Welt nur 3,4 Tonnen pro Kopf. Mit den derzeitigen Maßnahmen werden die weltweiten CO₂-Emissionen voraussichtlich dreimal so hoch sein wie für die Begrenzung der globalen Erwärmung um 2°C gefordert ist.
- Schwefeloxid (SO_x)- und Stickoxid (NO_x)-Emissionen sind dank Energieeinsparungen, Brennstoffsubstitution, Umweltschutz und technischem Fortschritt weiterhin rückläufig.
- In der Hälfte der OECD-Länder sind mehr als 90 Prozent der Bevölkerung Feinstaubkonzentrationen (PM 2,5) in einer Höhe ausgesetzt, ab der gesundheitschädigende

Auswirkungen beobachtet werden. Diese Feinstaubpartikel dringen tief in die Lunge ein und können Schwermetalle und giftige organische Substanzen enthalten.

Die Nachfrage nach Wasser steigt, während dessen Verbrauch stabil bleibt.

- Die Entnahme von Süßwasser blieb auf Grund effizienterer Nutzung und besserer Preisgestaltung stabil. Dies ging allerdings zu Lasten einer stärkeren Nutzung von alternativen Wasserquellen wie wiederaufbereitetem und entsalztem Wasser. Während viele Länder eine relative Entkopplung der Wasserentnahmen vom Wachstum des BIP aufweisen, unterliegen in einem Drittel der Länder die Süßwasserressourcen einem mittleren bis hohen Druck, und viele Länder müssen lokale oder saisonale Wasserknappheit bewältigen. Der Klimawandel könnte derartige Verknappungen weiter verschärfen, so auch in Ländern, deren Wasserversorgung bisher stabil ist.
- Nahezu 80 Prozent der Bevölkerung der OECD-Länder profitieren von Abwasserbehandlung durch die öffentliche Hand. Einige Länder sehen sich heute mit steigenden Kosten konfrontiert, um ihre in die Jahre gekommenen Wasserversorgungs- und Abwassernetze zu sanieren. Manche müssen andere Wege finden, um kleine oder abgelegene Siedlungen zu versorgen und geeignete Kontrollen von kleinen unabhängigen Abwasserbehandlungsanlagen sicherzustellen.

Deponien bleiben die zentrale Entsorgungsart für Siedlungsabfälle.

- Die Erzeugung von Siedlungsabfällen ist in den 2000er Jahren allmählich zurückgegangen. Im OECD-Raum werden pro Kopf durchschnittlich 520 Kilogramm an Abfällen erzeugt. Dies sind 30 Kilogramm weniger als im Jahr 2000, liegt aber immer noch um 20 Kilogramm über dem Wert von 1990. Obwohl Abfälle zunehmend mittels Recycling in den Wirtschaftskreislauf zurückgelangen, ist die Deponierung in der Hälfte der OECD-Länder nach wie vor die Hauptmethode der Abfallbeseitigung.

Die Bedrohungen für die Biodiversität nehmen stetig zu.

- Viele Tier- und Pflanzenarten in den OECD-Ländern sind bedroht, insbesondere in Ländern mit einer hohen Bevölkerungs- und Infrastrukturdichte. In Nordamerika und Europa ist die Zahl der Feld- und Waldvogelarten in 40 Jahren um fast 30 Prozent zurückgegangen. Viele Wälder sind durch Degradation, Zerschneidung und Zweckumwandlung bedroht. Die Nachfrage nach Holz zur Erfüllung der Ziele für erneuerbare Energien spielt eine wachsende Rolle bei der Nutzung der Wälder.

Die Fortschritte beim Umweltschutz sind in den einzelnen Wirtschaftssektoren unterschiedlich.

- Die Energieintensität hat sich im Zeitraum von 2000 bis 2014 weiterhin verbessert. Die erneuerbaren Energien werden vor allem in Europa immer stärker eingesetzt. Sie machen 21 Prozent der Stromproduktion in den OECD-Ländern aus (2000: 15,6 Prozent) und fast neun Prozent der Gesamtversorgung (2000: 6 Prozent). Allerdings behaupten fossile Brennstoffe mit 80 Prozent weiterhin ihre dominierende Stellung.
- In den meisten OECD-Ländern lagen die Zuwachsraten im Straßenverkehr über denen des Wirtschaftswachstums. Die Bemühungen der Länder, sauberere Fahrzeuge zu fördern, werden häufig durch steigende Fahrzeugbestände und zunehmenden Verkehr konterkariert, was zu zusätzlichem Treibstoffverbrauch und mehr Luftverschmutzung führt.
- Die landwirtschaftlichen Flächen sind in fast allen Ländern zurückgegangen, ebenso wie einige durch die Landwirtschaft bedingte Treibhausgase und der Einsatz von Phosphatdüngemitteln. Der Anteil an biologischen Anbauflächen ist jedoch mit knapp über zwei Prozent weiterhin niedrig, hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings beträchtliche Unterschiede im Ländervergleich. Insbesondere in der EU ist dieser Anteil tendenziell höher und erreicht in einigen Ländern 10-17 Prozent.

Unterstützung für Forschung, Entwicklung und Innovation steigt.

- Die öffentlichen FuE-Ausgaben im Bereich des Umweltschutzes stiegen seit dem Jahr 2000 um mehr als 20 Prozent und erholten sich nach der Wirtschaftskrise 2008 schneller als die gesamten öffentlichen Ausgaben in FuE. Der Gesamtanteil an den öffentlichen FuE-Ausgaben betrug jedoch weniger als zwei Prozent. Der Anteil der Ausgaben für erneuerbare Energien an den gesamten Energiekosten erhöhte sich von 8 auf 24 Prozent.

- Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) für Umweltschutzmaßnahmen nahm weiter zu. Ihr Anteil an der gesamten ODA wuchs von 9,6 Prozent (2002) auf 12,6 Prozent, womit die Hilfe für erneuerbare Energien die Hilfe für nicht erneuerbare übertrafen hat.

Einführung von Marktinstrumenten zur Festsetzung eines Preises für Umweltverschmutzung bleibt schwierig.

- Der Einsatz von Umweltsteuern wächst zwar, bleibt aber verglichen mit den Steuern auf den Faktor Arbeit begrenzt. 2013 entsprachen Umweltsteuern etwa 1,6 Prozent des BIP. Hierzu zählen in erster Linie die Energiesteuern (69 Prozent) sowie die Kraftfahrzeug- und Verkehrssteuern (28 Prozent). Unterschiedliche Sätze bei den Energiesteuern, uneinheitliche Preissignale, niedrige Steuersätze bei Kraftstoffen mit hoher Umweltbelastung sowie Ausnahmen bei Kraftstoffen für manche Sektoren behindern den Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft. Viele Länder besteuern Benzin immer noch höher als Diesel, und der Steueranteil bei den Endverbraucherpreisen ist in der Regel für private Haushalte höher als für die Industrie.

© OECD

Diese Zusammenfassung ist keine offizielle OECD-Übersetzung.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)

2 rue André-Pascal, 75116

Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights



Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECD iLibrary!

© OECD (2015), *Environment at a Glance 2015: OECD Indicators*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/9789264235199-en